

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

30.7.1924 (No. 176)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. e. u. d.  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise und Gebühre bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge für Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Lagerhaltung, Zwangsweiser Verteilung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausschreitungen, Waffenschuss, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telegraphischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Zuschriften werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

### Der Stillstand in London

Am heutigen Mittwoch soll der erste Ausschuss der Londoner Konferenz aufs neue versuchen, ein Kompromiß in den mit der Sanktionsfrage zusammenhängenden Fragen zustandzubringen, wobei versucht werden soll, die ursprüngliche Formel des Ausschusses, das Amendement Theunis und einen neuen Vorschlag des Amerikaners Logan miteinander zu verschmelzen.

Wie Neuter erzählt, kann die Ansicht eingeweihter Kreise über den gegenwärtigen Stand der Konferenz als **hoffnungsvoll** bezeichnet werden. Man hofft, daß die Konferenz Ende der nächsten Woche zu einem erfolgreichen Abschluß kommt. Was die **Einladung an Deutschland** betrifft, so ist darüber noch nichts bekannt. Sie wird erfolgen, wenn die Hauptdelegierten den Zeitpunkt für gekommen erachten. Dagegen sind Schritte ergriffen worden zur **Einladung der Reparationskommission** nach London. Die amerikanischen und anderen Vorschläge gewinnen jetzt feste Gestalt.

#### Eine englische Stimme über Herrriots Taktik

W. B. London, 30. Juli. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, den **Herrriots** gebühre Dank dafür, daß sie unabweisende Klarheit verlangt hätten, bevor sie die Verantwortung für die Übernahme der deutschen Anleihe auf sich nehmen wollten. Die Franzosen hätten nun zwar den Bankier mündliche Zusicherungen gegeben, daß die Ruhrpolitik erledigt sei und sie die Wiederaufnahme einer gewaltsamen isolierten Aktion gegen Deutschland nicht beabsichtigten. Sie hätten nur aus Prestige-Gründen und aus Angst vor Poincaré den Wunsch gehabt, sich gewisse theoretische Rechte vorzubehalten, deren tatsächliche Ausübung nicht beabsichtigt wäre. Das Blatt meint, wenn Herrriots den Senat und die Kammer vor die Wahl stelle, auf diese theoretischen Rechte oder aber auf Reparationen zu verzichten, dann sei es nicht wahrscheinlich, daß es selbst Poincaré gelingen werde, sie zu überreden, nach Schemen, statt nach etwas Solidem zu streben. Allerdings sei eine freundschaftliche Vereinbarung über die Frage der Sicherheit und der alliierten Schulden schwierig, wenn nicht unmöglich, wenn das französische Parlament einen praktischen, dem Dawesplan entsprechenden Reparationsplan, verworfen wolle. Es sei jetzt für Herrriots an der Zeit, Mut zu beweisen.

#### Herrriots an das französische Parlament

W. B. Paris, 29. Juli. In Kammer und Senat, die heute nachmittag ihre Sitzungen aufgenommen hatten, wurde das Telegramm Herrriots aus London verlesen, worin Bericht erstattet wird, über den Stand der Arbeiten der Konferenz. Zu Anfang des Telegramms wird gesagt, die Regierung hätte gewünscht, sich heute selbst vor das Parlament begeben zu können, um ihm den Text des Abkommens zu übermitteln. Aber trotz aller Anstrengungen seien die Beratungen noch nicht zu Ende. Von der **ersten Kommission** berichtet Herrriots, sie habe noch keinen endgültigen neuen Beschluß gefaßt. Die französische Delegation sei bereit, den Anleihegeheimern alle Sicherungen zu geben, die sie zu beanspruchen hätten. Sie wache aber darüber, daß weder dem Friedensvertrag von Versailles, noch für den Fall, daß eine gemeinsame Aktion nicht durchgeführt werden könne, den Rechten Frankreichs Abbruch geschehe. Von der **zweiten Kommission** bleibe die Frage der **französisch-belgischen Eisenbahnen**, die auf dem linken Rheinufer zurückgelassen werden sollen, noch zu regeln. Die dritte Kommission, die sich mit den **Schuldenfragen** und der **Transferierungsfrage** zu beschäftigen hat, sei auch noch zu keinem Ergebnis gekommen. Das Telegramm schließt, es sei wünschenswert, die Ergebnisse dieser Beratungen dem Parlament zu übermitteln, sobald ein Abschluß erfolgt sei. Aber den Tag, an dem diese Beratungen stattfinden solle, müsse man sich noch verständigen.

#### Eine italienische Stimme

W. B. Rom, 29. Juli. „Idea nazionale“ zufolge ist die Lage Deutschlands gegenüber Frankreich **stärker** als je zuvor, und es sei nicht denkbar, daß Deutschland gerade jetzt nachgeben, wo England die Ruhrbesetzung als unrechtmäßig erklärt habe.

### Der Reichswirtschaftsrat zur Schutzollfrage

In einer gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates wurde eine **Entscheidung** angenommen, worin zunächst grundsätzlich die Absicht der Regierung gebilligt wird, den einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen. Zu diesem Zwecke halten es die Ausschüsse u. a. für notwendig, daß die Bekanntmachung betr. einer vorübergehenden Einfuhrerleichterung vom 4. August 1914 und die sich aus ihr ergebenden weiteren Bekanntmachungen und Verordnungen aufgehoben werden. Weiter wird eine Herabsetzung der **Umsatzsteuer** anstatt 2 Prozent auf 1,5 Prozent gefordert, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der **Agrarzölle** unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird. Von der Regierung wird ferner verlangt, daß sie alle **Verordnungen** unterhalte, die zum Ziele haben, den **Wirtschaftshandel**, der erheblich die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beeinflusst, auszugleichen. Durch **Unterstützung der genossenschaftlichen Verbände** bei Gewährung von Krediten soll darauf geachtet werden, daß Kredite nur an solche Betriebe gegeben werden, die produktiv wirtschaften und ferner, daß die Kredite unter dem Einfluß der Regierung gerecht verteilt werden.

### Politische Neuigkeiten

#### Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls

Dienstag mittag ist im Auswärtigen Amt zu Berlin von Reichsminister Stresemann und dem russischen Geschäftsträger, Vizekonsul Bratman Brodowski das Protokoll über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls unterzeichnet worden.

Es heißt darin: Die beiden Regierungen sehen den **Rotenwechsel** über den Zwischenfall als abgeschlossen an. Die **deutsche Regierung** erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörden in Berlin gegen die Handelsvertretung am 3. Mai eine **eigenmächtige Aktion** der deutschen Polizei darstellt, zu der die Meldung über das Entweichen Vogenherds keineswegs als Grund dienen konnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken mißbilligt sie diese Aktion und bedauert, daß der Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Sie bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Leiter der Aktion seiner bisherigen Diensttätigkeit entbunden wurde. Wegen der von deutschen Beamten gegen exterritoriale Beamte der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken getroffenen Maßnahmen, hat die deutsche Regierung bereits ihre Vordauern ausgesprochen; die schuldigen deutschen Beamten werden bestraft werden. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, den von den deutschen Beamten im Gebäude der Handelsvertretung beschlagnahmten Materialschaden in **entgegenkommender Weise** zu ersetzen.

Die **russische Regierung** der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bestätigt, daß sie ihren Beamten, also auch den Mitarbeitern der Handelsvertretung verboten hat, in irgend einer Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen, was sich jedoch naturgemäß nicht auf das Verhalten deutscher Angestellter außerhalb ihrer Tätigkeit für die Handelsvertretung erstreckt. Beide Regierungen anerkennen, daß durch den Zwischenfall die **Rechtsstellung** der Handelsvertretung nicht geändert wurde. Beide Regierungen sind übereingekommen, daß von der **Gesamtheit** der gegenwärtig zur Handelsvertretung gerechneten **Männlichkeiten** ein **zusammenhängender Komplex** von **Männlichkeiten** der **eigenlichen Handelsvertretung** von dem übrigen Teil des Gebäudes **vollständig getrennt** wird, einem eigenen Strafeneingang erhält und als **unverletzlich** abgegrenzt wird. Als **eigentliche Handelsvertretung** gilt die **Gesamtheit** der exterritorialen Mitarbeiter und die von ihnen geleiteten Abteilungen mit den zugehörigen **Männlichkeiten**. Beide Regierungen werden geleitet von dem **Wunsche**, den **Handelsvertrag** **unverändert** und **unverändert** sein die **Verhandlungen** spätestens im **Laufe** eines Jahres nach **Unterzeichnung** dieses **Protokolls** zum **Abschluß** zu bringen. Beide Regierungen werden dafür **Sorge** tragen, daß die **beteiligten Dienststellen** etwaige aus **Anlaß** dieses Zwischenfalls getroffene **Maßnahmen** beseitigen, den **durch** diese **Maßnahmen** veränderten **Zustand**, wie er vor dem **Zwischenfall** bestanden hat, **wieder** herzustellen und **keine** neuen **derartigen Maßnahmen** mehr zu treffen.

Demnach hat die Sowjetregierung weder die **Anerkennung** der **persönlichen Exterritorialität** für die sämtlichen Mitglieder der **Handelsvertretung**, noch die **Anerkennung** der **räumlichen Exterritorialität** für das ganze Gebäude der **Handelsvertretung** durchgesetzt, was sie forderte. Durch das **Protokoll** erhält die **Rechtsstellung** der **Handelsvertretung** keine **Veränderung**. Die **Vertretung** als **solche** wird nicht als **diplo-** **matisch unverletzlich** anerkannt. Wichtig ist für das **deutsche Interesse** nach **Beseitigung** der **Artikel 4**, der die **kommunistische** **Vertretung** von **Beamten** der **Handelsvertretung** in **politischen** **Leben** **Deutschlands** **unterbindet**. Die **Sowjetregierung** bekräftigt **aus** **neuer** **ihre** **vertragsmäßige** **Verpflichtung** in **dieser** **Hinsicht**. Der **russische** **Vizekonsul** **Krestinski** wird **nun** **wieder** die **Geschäfte** **übernehmen**, und die **Bohottmaßnahmen** gegen **Deutschland** werden **aufgehoben** werden. Der **Weg** ist **jetzt** **wieder** **frei** für die **langst** **fälligen** **Verhandlungen** über den **Handelsvertrag** und die **damit** **zusammenhängenden** **Probleme** **wie** **Rechtshilfe** **und** **konularische** **Vertretung**.

### Kurze Nachrichten

Die **Verhandlungen** zwischen **Bayern** und dem **Reich** über die **Eisenbahnfrage** sollen, wie aus **München** gemeldet wird, nun **doch** **heute** **beginnen**. Als **Vertreter** des **Reiches** werden die **Verhandlungen** von den **Ministern** **Oser** und **Luther** geführt. Die **Verhandlungen** werden im **Ministerium** des **Außeren** in **München** unter dem **Vorsitz** des **bayerischen** **Ministerpräsidenten** **Selb** geführt. Von **bayerischer** **Seite** werden **Handelsminister** **Dr. v. Meinel** und **Finanzminister** **Dr. Strauß** an den **Beratungen** teilnehmen.

Der **frühere Kaiser**. Zu einer vom **Pariser** „Midi“ verbreiteten **Nachricht**, daß der **frühere Kaiser** **Wilhelm** **Dolland** verlassen und sich **bereits** **auf** **hoher** **See** an **Ward** eines **transatlantischen** **Dampfers** **befinde**, erfährt die **niederländ.** **Telegraphen-** **agentur** aus **zuverlässiger** **Quelle**, daß diese **Meldung** **nicht** **den** **Tatsachen** **entspricht**. Der **frühere Kaiser** **befindet** **sich** **nach** **wie** **vor** **auf** **Schloß** **Doorn**.

Die **Verfassungsfeier** in **Düsseldorf**. Nach einer **Meldung** der **„Post“**, **Hg.** aus **Düsseldorf** hat die **Besatzungsmacht** eine **einfache** **Feier** **anläßlich** **des** **Verfassungstages** **gestattet**. **Verboten** **dagegen** **bleibt** **die** **für** **den** **3.** **August** **geplante** **Gedenk-** **feier** **für** **die** **Gefallenen**.

**Belagerungszustand** in **Rumänien**. Nach einer **Meldung** aus **Bukarest** ist im **gesamten** **Königreich** **Rumänien** der **Belagerungszustand** **verhängt** worden. Die **rumänische** **Regierung** **besitze** **Dokumente**, **denen** **zufolge** **General** **Avarescu** **einen** **Staatsstreich** **beabsichtigt** **um** **die** **Regierung** **Dratienu** **zu** **stürzen** **und** **sich** **selbst** **zum** **Diktator** **zu** **machen**.

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag

##### Sitzung der Statberatung

DZ. Karlsruhe, 29. Juli.

In der **Nachmittags**sitzung wurden

##### Fragen der Landwirtschaft

zunächst durch den **Abg.** **Biegelmaier** **u.** **gen.** **brüden** **(Zentr.)** **behandelt**, der **gleichfalls** **den** **Vollschuß** **verlangte**. — **Auch** **Abg.** **Dr. Mattes** **(D. Sp.)** **behandelte** **die** **bäuerliche** **Mallage** **und** **kam** **dann** **auf** **das** **politische** **Gebiet** **zu** **sprechen**. **Drei** **Regierungs-** **räte** **in** **der** **Presse** **abteilung** **ließen** **sich** **schlicht** **nicht** **begründen**. **Vorbereitung** **der** **Aufhebung** **des** **Sperregesetzes** **sei** **die** **finanzielle** **Selbstverantwortung** **der** **Gemeinden**, **d. h.** **das** **Ende** **der** **Überweisungen**. **Deutschland** **bei** **der** **heutigen** **Struktur** **der** **Weltwirtschaft** **zu** **einem** **reinen** **Exportstaat** **machen** **zu** **wollen**, **sei** **ein** **Ding** **der** **Unmöglichkeit**. **Es**  **müsse** **Industrie** **und** **Agrarstaat** **zugleich** **sein**. **Der** **Freihandel** **müßte** **zur** **Erzwingung** **der** **Landwirtschaft** **führen**. **In** **längeren** **Ausführungen** **erklärte** **sich** **der** **Redner** **für** **den** **Vollschuß**, **bei** **dem** **die** **Landwirte** **nicht** **die** **alleinigen** **Ratgeber** **sein**. **Die** **Pflege** **der** **Landwirtschaft** **könnte** **sehr** **wohl** **der** **Landwirtschaftskammer** **übertragen** **werden**. **Die** **Rechte** **des** **Staates** **würden** **gewahrt**, **wenn** **er** **das** **landwirtschaftliche** **Schulwesen** **behandelte**. **Für** **die** **rationelle** **Verwirtschaftung** **sei** **für** **uns** **in** **Baden** **das** **Parzellenwesen** **tatsächlich** **ein** **Hindernis**. **Abg.** **Mitter** **(Komm.)** **erzürte** **sich** **in** **Angriffen** **gegen** **den** **deutschen** **„Polizeistaat“**. **Nach** **dem** **Mittler** **harmann** **arbeiten** **auch** **andernwärts** **Spiegel** **zur** **Überwachung** **der** **kommunistischen** **Partei**. **Die** **Polizei** **sei** **nichts** **anderes** **als** **eine** **Schutztruppe** **für** **das** **Kapital**. **Der** **Redner** **stellte** **die** **Gründung** **eines** **Roten** **Frontsoldatenbundes** **und** **Arbeiterjugendbundes** **in** **Aus-** **sicht**. **Seine** **Ausführungen** **riefen** **zuweilen** **große** **Heiterkeit** **herbor**.

**Abg.** **Kurz** **(Soz.)** **vertrat** **den** **Standpunkt**, **daß** **der** **Staat** **nach** **wie** **vor** **der** **Sachverwalter** **der** **Landwirtschaftskammer** **sein** **muß**. **Diese** **dürfe** **kein** **Staat** **im** **Staat** **sein**. **Wir** **lehnen** **daher** **den** **Kaiserlichen** **Antrag** **ab**. **Das** **badische** **landwirtschaftliche** **Genossenschaftswesen** **stehe** **nicht** **auf** **der** **Höhe** **des** **schwedischen** **und** **dänischen**. **Andererseits** **werde** **es** **der** **Arbeiterchaft** **beraht**, **in** **Konsumvereinen** **zusammenzuschließen**. **Den** **Wingern** **seien** **bessere** **Preise** **wohl** **zu** **gönnen**. **Der** **kleine** **und** **mittlere** **Bauer** **habe** **kein** **Interesse** **an** **Schul-** **dellen**. **Die** **Kosten** **musse** **immer** **der** **tragen**, **der** **Brot** **und** **Futterartikel** **kaufen** **muß**.

**Abg.** **Weißhaupt** **(Zentr.)** **nahm** **sich** **der** **durch** **Unwetter** **geschädigten** **Gemeinden** **an** **und** **forderte** **weitgehende** **staat-** **liche** **Hilfe**. **Die** **Auslassungen** **der** **Landbündepresse** **seien** **her-** **ausfordernd** **für** **die** **politischen** **Parteien** **und** **der** **Landwirt-** **schaft** **nicht** **förderlich**. **Der** **Badische** **Bauernverein**, **der** **nicht** **nach** **der** **Konfession** **frage**, **werde** **auf** **der** **betreffenden** **Wah-** **weiser** **schreiten**. **Der** **Landbund** **aber** **betreibe** **eine** **Gezpolitik**. **Die** **badische** **Landwirtschaft** **sei** **mannes** **genug**, **um** **ihre** **Angelegen-** **heiten** **selbst** **in** **die** **Hand** **zu** **nehmen**. **Ohne** **an** **der** **Leistungs-** **fähigkeit** **der** **Landwirtschaftskammer** **zu** **zweifeln**, **kann** **sich** **der** **Redner** **doch** **des** **Eindrucks** **nicht** **erwehren**, **daß** **die** **Kammer** **heute** **politisiert** **sei**. **Das** **Zuchtwesen** **solte** **in** **die** **Hände** **examinierter** **Zuchtwesen** **gelegt** **werden**. **Dem** **Antrag** **Dr. Mattes**, **der** **die** **Frage** **der** **Reorganisation** **der** **Landwirt-** **schaftspflege** **geprüft** **und** **dabei** **das** **Schulwesen** **dem** **Staat** **vor-** **behalten** **wissen** **will**, **stimmte** **der** **Redner** **zu**. **Dr. Mattes** **sei** **wohl** **auch** **der** **Meinung**, **daß** **die** **Sache** **nicht** **nicht** **prüch-** **reif** **ist**. **Den** **von** **der** **Arbeiterchaft** **gegen** **die** **Schulzölle** **ge-** **führten** **Kampf** **könnte** **man** **nicht** **als** **berechtigt** **anerkennen**. **Es** **werde** **viel** **zu** **scharf** **geurteilt**.

**Es** **folgte**, **öfters** **von** **Zwischenrufen** **unterbrochen**, **eine** **Aus-** **einander** **setzung** **des** **Abg.** **Klaiber** **(Landbund)** **mit** **dem** **Abg.** **Wittmann** **bezv.** **dem** **Zentrum** **wegen** **der** **vormittäglichen** **Angriffe**.

Die **kurzen** **Darlegungen** **des** **Redners** **wurden** **von** **Zen-** **trumsseite** **mit** **Bemerkungen** **begleitet** **wie**: **Naus** **mit** **Ihrem** **Material!** **Ist** **das** **alles?** **Kammervoll!** **Die** **Unruhe** **im** **Hause** **steigerte** **sich** **dermaßen**, **daß** **der** **Präsident** **sich** **kaum** **Ge-** **hör** **verschaffen** **konnte** **und** **mit** **Schließung** **der** **Sitzung** **drohte**.

**Abg.** **Martin** **(Zentr.)** **meinte** **in** **der** **fortgeführten** **Aus-** **sprache**, **wenn** **man** **den** **Bauernstand** **gesund** **erhalten** **wolle**, **so** **musse** **man** **ihm** **den** **Schutz** **zu** **sehen**.

Nach **einer** **Reihe** **persönlicher** **Bemerkungen**, **die** **zwischen** **dem** **Abg.** **Klaiber** **und** **Wittmann** **einen** **sehr** **heftigen** **Charak-** **ter** **annahmen** **und** **den** **Präsidenten** **zu** **wiederholtem** **Ein-** **schreiten** **mit** **der** **großen** **Blöde** **veranlaßten**, **zeitweise** **aber** **auch** **stürmische** **Heiterkeit** **auslösten**, **wurde** **die** **Weiterberatung** **am** **Mittwoch** **vormittag** **8** **Uhr** **verlagt**. **Schluß** **14** **Uhr**.

DZ. Karlsruhe, den 30. Juli 1924.

**Präsident** **Dr. Baumsgraber** **eröffnet** **punkt** **8** **Uhr** **bei** **schwachem** **Wetter** **die** **Sitzung** **und** **teilte** **mit**, **daß** **nach** **11** **Redner** **gemeldet** **seien**. **Er** **bittet** **dringend** **in** **den** **Aus-** **führungen** **Maß** **zu** **halten**, **da** **man** **sonst** **nach** **über** **Mitte** **August** **hinaus** **tagen** **müßte**.

In **der** **fortgesetzten** **Ausprache** **über** **den** **Voranschlag** **des** **Ministeriums** **des** **Innern**

**Abg.** **Sagin** **(Libd.)** **beschwert** **sich** **darüber**, **daß** **der** **Firma** **Wertheimer** **in** **W. Baden** **die** **alleinige** **Viehaustrichterlaubnis**

nach der Schweiz erteilt wurde. Auch die Ausfuhr von etwa 2000 Zentner Rindfleisch sei nur zwei Großhändlern gestattet worden. Zweck dieser Maßnahmen war, die Frankenschulden im Lande zu bedenken. Die genannten Firmen machten Riesengewinne.

### Zweckminister Kemmele

stellt fest, daß aus dem Oberlande weder Händler und Reichser wegen Ausfuhrbewilligung vorgeprochen haben. Nur der Abg. Gagin war da. Wir müssen es aber ablehnen, einem Abgeordneten Freischein auszustellen, damit er in der Heimat nach Belieben sie verteilen kann. Der Minister weiß nach, daß die Regierung bezüglich der Viebausfuhr vollkommen korrekt verfahren ist. Es kam auch darauf an, was die Schweiz wollte. Nach Ablauf des zurzeit beschränkten Kontingents hoffen wir vom Reich ein neues zu erhalten. An der Organisation der Sache läßt sich nichts ändern.

Abg. Wolf (Komm.) erklärt, wenn sich die Konsumenten-schaft gegen den Schutzoll wehrt, so dürfte daraus keine Hebe gegen die Landwirtschaft abgeleitet werden. Der Arbeiter haben gleich wie der Bauer das Recht, sein Dasein zu verteidigen. Steigt der Brotpreis, so ziehen alle andern landwirtschaftlichen Produkte an und die Folge wird sein, ein weiteres Sinken des Konsums auf der ganzen Linie. Der Zoll kann daher für den kleineren Landwirt nicht von Vorteil sein.

### Zweckminister Kemmele

wendet sich gegen kommunistische Übertreibungen in den Angriffen gegen die Polizei; Von einem Streik in Grenzschutz haben wir bis gestern nichts gewußt. Die vorübergehende Verstärkung des Gendarmereikommandos durch Gruppenpolizei aus einem gewissen Vorsichtsprinzip heraus, nimmt die „Arbeiterzeitung“ zum Anlaß von der Einsetzung der Polizei zur Niederhumpelung der Arbeiterschaft zu reden. (Hört, hört!). Die Kommunisten spielen mit dem Staate Katz und Maus: Fahren sie so fort, so sind wir eben gezwungen, gegen sie und die „Arbeiterzeitung“ Maßnahmen zu ergreifen. Die kommunistische Partei und die „Arbeiterzeitung“ drängen geradezu darauf, verboten zu werden. Der Abg. Ritter darf sich angesichts seiner Drohungen nicht beschweren, wenn die Polizei aus der Druderei der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ besonders beaufschlagt werden. Wir haben dazu keine Anweisung gegeben. Es gehört aber zu den Obliegenheiten der untergeordneten Organe. Der Minister stellt fest, daß öffentliche und Staatsanwaltschaft in letzter Zeit in der unerhörtesten Weise provoziert wurden. (Lebhafte Zustimmung). Wenn die kommunistische Partei dergestalt ihre Agitation entfaltet, so werden sich natürlich die Polizeiorgane draußen im Lande entsprechend einstellen müssen. Der Vorwurf, wir würden Spitzel beschäftigen, ist unerhört. Er geht von einer Partei aus die selbst seit Jahr und Tag ihrerseits mit Spitzeln arbeitet, solche sogar in die Polizei und Kasernen hineinzubringen versucht und sich zur Spitzelhaftigkeit auch Frauen und Mädchen bedient. Die Regierung hat keine Spitzel, weil sie keine braucht, da ja die Kommunisten nach Ansicht der Herrn Ritter o. d. g. klug sind, rechtzeitig ihre Pläne zu verraten. Die Polizei braucht also nur offene Ohren zu haben. Außerbadische Vorkommnisse der badischen Polizei an die Reime zu hängen, wird Ihnen nicht gelingen. Zur Kammerfrage vom 8. August ab wäre an der Hand unseres Materials mancherlei zu sagen, was das gestern Gehörte sehr in den Schatten stellen würde. Sie tragen durch Ihre Taktik andauernd Unruhe in das Volk, was schließlich zur Störung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse führen muß. Die Prozesse vor dem Staatsgerichtshof zeigen, daß das, was wir schon früher darüber sagten, nicht aus den Fingern gezogen war. Auch in dem Prozeß, den Sie zu bestehen haben, werden wir den gleichen Erfolg haben. Die kommunistischen Methoden müssen weder Ihnen, noch der Republik, sie nähern uns nur dem Bürgerkrieg, vor dem wir uns doch zurückhalten wollen.

Die Organisation Schwarz-Rot-Gold wird bei uns in Baden in keinem Punkte anders gewertet, als jede andere Organisation, die sich programmäßig zum Zwecke irgend einer Idee gebildet hat. Sollte der Versuch gemacht werden, sich Waffen zu beschaffen oder militärische Unternehmungen durchzuführen, dann wird die Staatsgewalt hiergegen ebenso einschreiten wie f. B. gegen die nationalsozialistische Partei und die kommunistischen Hundstscharen. Der Umstand, daß es überhaupt zu solchen Organisationen kommen konnte, ist zu bedauern, daß sie kommen mußten, war nach Lage der Dinge nicht zu verhindern, wenn man sich an gewisse Vorzüge im rechtsradikalen Lager erinnert. Ein Beispiel löst das andere aus.

Abg. Schrank (Landbund) geht nochmals auf die Anliegen der Landwirtschaft ein.

Nach Ablehnung eines Antrages auf Schluß der Debatte, der ein Streit über die Auslegung der Geschäftsordnung vorausging, gegen die Stimmen der Linken und Demokraten sprach Abg. Guberni (Dntl.) im Interesse der industriellen Belange Badens die dringende Bitte aus, von einer auch nur vorübergehenden Abberufung des Herrn Dr. Sauer vom Posten der Berliner wirtschaftlichen Vertretung absehen zu wollen. Das wäre eine falsche Sparmäßnahme. Der Redner beklagt sich dann über die Art der behördlichen Behandlung von Gesandten und Kameradschaftlichen Zusammenkünften, die absolut nichts Vergleichliches hätten, schon im Hinblick darauf, daß sich ihre Teilnehmer aus allen Lagern bis in die Reihen der Sozialdemokraten hinein rekrutieren.

### Innenminister Kemmele

Wir müssen es zurückweisen, daß der Regierung oder dem Minister unterstellt wird, die Militärvereine ungerecht und ungleichmäßig zu behandeln. Der von Forstheim aus unternommene Versuch einer Protestkundgebung im ganzen Lande wird zu keinem Ergebnis führen, weil in der den anderen Städten Badens die maßgebenden Persönlichkeiten sich durchaus in ruhiger Überlegung an unsere Intentionen gehalten und so ihre Veranstaltungen durchgeführt haben. Es ist eine auffallende Erscheinung, daß in einer Stadt, wo die Festlichkeiten nicht abreißen wollen, so große Unzufriedenheit an den Tag gelegt wird. Gegen Überschreitungen bei der Arbeiterporttagung in Forstheim ist die Regierung eingeschritten mit dem Erfolg, daß die Landesorganisation der Arbeiterportvereine die verantwortlichen Personen ihrer Stellung entkleidet hat. Baden steht gemäß dem vom Reich aus in ruhiger Überlegung auf dem Standpunkt, daß alle sogenannten neutralen Vereinigungen, Feuerweh, Kriegervereine, Sport- und Gesangsvereine völlig unbeeinträchtigt zu lassen seien. Verbieten bleiben dagegen Kundgebungen parteipolitischer Vereine und solche Veranstaltungen, die z. B. im Zentrum politischer Erörterungen stehen, daß diese Ausnahmebestimmungen angewendet werden müssen, dafür sind politische und technische Gründe ausschlaggebend. Ich weise darauf hin, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann sein Bedauern ausgesprochen hat, daß die Regimentsfeiern von Frankreich als Beweis für militärische Nüchternheit ausgebeutet worden sind. Dies zeigt, daß die deutsche Regierung und die Länderregierungen ein Interesse daran haben müssen, daß man sich Beschränkung auf das absolut Notwendige auferlegt. Wir haben eine kurze Aufstellungs- und Marschmäßigkeit zugelassen. Größere Umzüge würden dazu führen,

daß mehr Leute zusammengehoht und die Sache rein militärischen Charakter bekommt, was von gewisser Seite innen- und außenpolitisch gegen unsere Situation ausgenützt werde. Der deutsche Tag in Halle sei außenpolitisch ein sehr trüber Tag gewesen. So harmlos und einfach liegen die Dinge nicht. Auf die rednerischen Entgleisungen will ich gar nicht näher eingehen. Dann möge man sich technisch klar darüber sein, wie schwer es der Polizei fallen muß, angesichts großer Massen irgendwie einzugreifen.

Abg. Hägele (Dem.) bedauert, daß sich der Landbund dazu benützen läßt, die Nachposition des preussischen Junkertums zu stärken (Widerspruch bei Landbund und Deutschnationalen). Auf Landbundsseite ginge man soweit, bei jeder Gelegenheit die schwarz-rot-goldene Sache zu schmäheln. An dem Glend unserer Tage seien die Staatsmänner des alten Regimes schuld. Der Redner führt dann als Beispiel für eine gute Agrarpolitik die Schweiz an. Er spricht vom Steuerdruck auf die Landwirtschaft, verschärft durch die Gebäudesondersteuer, und äußerte sich sympathisch zu dem Gedanken der Übertragung der gesamten Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer. Um die Politisierung zu verhindern, hätte der Staat in der Entziehung des Staatszuschusses ein probates Mittel in der Hand. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß sich Stadt und Land endlich mit mehr Verständnis begegnen möchten und damit der gütliche Ton verschwinde, der diese Debatte zuweilen auszeichnete.

Abg. Albiez (Ztr.) erwartet vom Minister, daß er auch fernerhin mit gleicher Energie für Ruhe und Ordnung im Lande sorgt.

Abg. Arnold (Soz.) wendet sich gegen den Zolltarif.

Abg. Friedel (Ztr.) bittet um Hilfe für die schwerbedrängte bäuerliche Bevölkerung des badischen Hinterlandes.

Um 12.30 Uhr wird bekannt, daß noch 12 Redner gemeldet sind.

Abg. Großhans (Soz.) warnt bezüglich der Regimentstage vor Tendenzen, die mit der Pflege der Kameradschaft nichts zu tun haben. Auch er bekennt sich in der Folge als entschiedener Gegner von landw. Schutzstellen. Nur die Hebung der Kaufkraft verbürge einen Erfolg. Im übrigen sind wir bereit, dem kleinen Landwirt auf anderem Wege zu helfen, als durch Schutzoll, der ihnen absolut nichts nütze. Den Vorteil vom Schutzoll hätten allein die Großen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Weiterberatung nachmittags 4 Uhr.

### Das Fürsorgegesetz

Am Dienstagabend hat der Rechtsprekassenrat das nachstehende Gesetz, zu welchem auch einige Eingaben vorlagen, erledigt. Es lautet:

**Artikel I.** § 1. Die nach dem Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte vom 26. Juli 1921 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 175) vorgeschriebene Erhebung der Verbandsumlage (§ 53) und der Ersatzbeiträge (§§ 50 Abs. 1 und 3, §§ 57 und 59) unterbleibt. Das gleiche gilt, soweit der Einzug noch nicht erfolgt ist, für die Mitgliederbeiträge (§§ 40 ff.) für die Eintritts- und Erhaltungsgelder (§ 48) und für die Staatszuschüsse (§§ 51 und 50).

§ 2. Soweit auf Grund der §§ 14 Absatz 2, 85 und 86 des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte vom 26. Juli 1921 noch Beiträge an die Fürsorgekasse zu leisten sind, werden an Stelle der in den genannten Bestimmungen vorgeschriebenen Hundesteuer die einzurechnende Zeit jährlich 4 v. H. des auf der Grundlage des Rotgesetzes über die Beamtenbesoldung vom 14. Dezember 1923 genehmigt durch Entschließung des badischen Landtags vom 27. März 1924 (Verlautbarung des Staatsministeriums vom 1. April 1924) errechneten Einkommensanfalls erhoben. Die Mitglieder sind verpflichtet, der Anstellungsgemeinde auf Verlangen die genannten Beiträge zu erstatten.

**Artikel II.** Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte vom 18. Juli 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 267) wird wie folgt geändert:

§ 1. In § 15 Absatz 2 Satz 1 treten an Stelle der Worte „soweit für einen entsprechenden Zeitraum“ bis „gezahlt werden“ folgende Worte: „soweit für die einzurechnende Zeit seitens der Anstellungsgemeinde oder des Mitgliedes jährlich 4 v. H. des bei Beginn der Mitgliedschaft, frühestens am 1. Dezember 1923, maßgebenden Einkommensanfalls innerhalb einer Frist von 6 Monaten vom Tage der Anforderung an gerechnet, gezahlt werden. Aus besonderen Gründen kann der Verwaltungsrat diese Frist verlängern.“ Der Satz für die Nachzahlung erhöht sich auf 6 v. H., wenn der Antrag bei der Fürsorgekasse nicht innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt gestellt wird, in welchem der Beitritt nach diesem Gesetz möglich war.

§ 2. In § 15 Absatz 5 Satz 2 und Absatz 7 werden die Worte „im Dienste einer Anstellungsgemeinde“ ersetzt durch die Worte „im öffentlichen Dienste im Sinne des § 51 Abs. 1 Ziffer 3 des badischen Beamtengesetzes“.

§ 3. In § 59 Absatz 4 treten an Stelle der Worte „4 v. H. des am 1. Oktober 1923 maßgebenden Einkommensanfalls“ innerhalb einer Frist von 6 Monaten zu bezahlen“ die Worte „4 v. H. des nach dem Rotgesetz über die Beamtenbesoldung vom 14. Dezember 1923, genehmigt durch Entschließung des badischen Landtags vom 27. März 1924 (Verlautbarung des Staatsministeriums vom 1. April 1924) zu berechnenden Einkommensanfalls innerhalb einer Frist von 6 Monaten vom Tage der Anforderung an gerechnet, zu bezahlen. Aus besonderen Gründen kann der Verwaltungsrat diese Frist verlängern.“

**Artikel III.** Dieses Gesetz tritt mit Wirkung auf 1. Oktober 1923 in Kraft.  
In der Begründung wird u. a. bemerkt: Der vorliegende Gesetzentwurf beruht auf Anträgen des Verwaltungsrats der Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte.

### Für die Toten des Weltkrieges

Den Toten des Weltkrieges, dem Andenken an die 1 1/2 Millionen deutscher Helden, die den Opferrdienst für die Heimat mit ihrem Leben bezahlten, ist der kommende Sonntag geweiht. Im ganzen deutschen Reich wird an diesem Tage, an dem sich das erste Dezennium seit dem Ausbruch des Krieges vollendet, der Gefallenen und all der unendlichen Opfer, die das deutsche Volk in den vier schwersten Jahren seiner Geschichte gebracht hat, gedacht werden.

In Karlsruhe veranstaltet die badische Regierung am Sonntag den 3. August in der Festhalle eine Gedächtnisfeier zu Ehren der Kriegsober. Zu der Feier, die morgens um 1/2 12 Uhr beginnt, ist die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt geladen; ein Eintritt in die Festhalle wird nicht erhoben. Siegfrieds Tod und der Trauermarsch aus der Götterdämmerung, vorgelesen von der Vereinigung badischer Polizeimänner unter Leitung von Obermusikmeister Heilig wird die Feier eröffnen. Sodann wird Schriftsteller Dr. Walter Bloem die Gedenkrede halten. Das Niederländische Dankgebet wird die Feier beschließen.

### Der „Gang“ Preßendienst“ weilt mit.

Nachdem die Reichsregierung angezogen hat, daß der 3. August als Tag der Wiederkehr des Kriegsbegins dem Gedenken an die Gefallenen und die großen Opfer, die das Volk gebracht hat, gewidmet werden soll, hat der Ev. Oberkirchenrat für die badische Landeskirche angeordnet, daß der Hauptgottesdienst am Sonntag, den 3. August in allen Kirchen zu einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges gestaltet wird.

Auch an der Feier des Verfassungstags soll wieder auf Wunsch der Reichsregierung sich die Kirche beteiligen, damit auch durch die kirchliche Feier der Heimatgedanke vertieft, die Liebe zum Vaterland in dieser schweren Zeit gestärkt und der Dienst an ihm zur ersten Pflicht gemacht werden. Der Ev. Oberkirchenrat hat angeordnet, daß am Sonntag, den 10. August in allen Kirchen des Verfassungstags gedacht und am Montag, den 11. August, dem eigentlichen Verfassungsgedenktage, vormittags 9 Uhr mit allen Glocken geläutet wird. Wo es die Rücksicht auf die weltlichen Veranstaltungen erfordert, soll am 11. August ein besonderer Gottesdienst abgehalten werden.

### Das Höllentalwert

Das Badische Arbeitsministerium hatte sich in letzter Zeit mit der Frage einer Wasserkraftanlage im Höllental zu befassen, welche u. a. einen Stauweiher von großer Länge bei Hintergarten und die Ausnutzung der Wasserläufe im Höllental, darunter auch des Rabennabaches, zur Kraftgewinnung vorschlägt. Es hat sich dem Anfinnen gegenüber ablehnend verhalten, weil die Natur Schönheiten des Höllentales von solcher Eigenart und von solchem Wert sind, daß sie eben gerade darum das Ziel vieler Tausender in Deutschland und darüber hinaus alljährlich darstellen. Solche Allgemeinwerte dürfen nicht einem Unternehmen geopfert werden, das nur lokale Bedeutung hat. Der Wert des Höllentales liegt u. a. in seiner durch das Wasser geschaffenen Erscheinungsform, aber auch in den in ihm und zu ihm fließenden Gewässern, deren Wirkung um so stärker sein wird, je mehr Wasser sie führen. Es gibt im Lande noch genug Wasserkräfte, welche ohne Schädigung von Natur Schönheiten nutzbar gemacht werden können. Die Entscheidung wird sicher von jenen, bei welchen das Verständnis für die Größe und Schönheit der Natur des badischen Landes herrscht, gebilligt werden.

### Die Gewährung von Zulagen zu den Renten der landw. Unfallberufsgenossenschaften

Wie anscheinend in den landwirtschaftlichen Kreisen immer noch nicht genügend bekannt sein dürfte, gewährt die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Zulagen zu den alten Unternehmerrenten, allerdings nur soweit die Renten 20 und mehr Prozent betragen. Wenn auch die Zulagen, besonders die für die alten Renten unter 50 Proz., durch Reichsverordnung unverhältnismäßig niedriger bemessen sind, so sind diese Beträge bei der heutigen Geldknappheit doch wohl für jeden Empfänger hochwillkommen. Die landw. Berufsgenossenschaft ist nur auf Antrag bereit, in eine vorzugsweise Behandlung des Rentenfalls einzutreten, sobald die Rentenzulage auszurechnen und den fälligen Betrag auszugeben. Wenn also daran gelegen ist, daß kein Fall außer der Reihe behandelt wird, der wolle alsbald den schriftlichen Antrag bei der bad. landw. Berufsgenossenschaft einreichen.

### Landesverband der badischen Hotel-Industrie und verwandter Betriebe, G. B.

Der in Baden-Baden tagende Verwaltungsrat des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie hat zusammenfassend folgenden Beschluß aus den Erörterungen der Tagesordnung gefaßt:

„Die Verschlechterung der Lage der badischen Hotels und Gaststätten nimmt mit dem Aufblähen der Inflation und mit der zunehmenden Geldverknappung immer bedrohlichere Formen an.“

Unter der allgemeinen Feuerung und der erdrückenden Last von Sondersteuern ist unser Wettbewerb mit dem Auslande aufs schwerste gefährdet. Der Preisabbau der gastwirtschaftlichen Unternehmer ist fast reiflos in allen deutschen Fremdenorten unter dem Zwange der schlechten Frequenz, unter die Eigenkosten heruntergedrückt worden, und sind unsere Preise auf die internationale Marktlage völlig umgestellt. Diese vom Privatunternehmer zur Herbeiführung der Aufenthaltverbilligung gemachten Opfer sind aber nicht durchzuhalten und zwecklos, wenn Staat und Gemeinden nicht auf die Sondererinnahmen verzichten, die sie dem Hotelgewerbe in der Zeit der Ernährungsnot und Ausverkaufsgeschäft unter ganz anderen Voraussetzungen und Verhältnissen aufgebürdet haben.

Wir müssen fordern:

1. daß alle badischen Gemeinden die Ortsfremdensteuer sofort aufheben, nachdem viele deutsche Städte, darunter auch Heidelberg, Freiburg und Baden-Baden diese aufgehoben haben. Es ist kein Ausländerverbot möglich, wenn diese Besteuerung des Schlafes fortbestehen bleibt, zumal unser fläcker Fremdenverkehrs-konkurrent — die benachbarte Schweiz — dem Verkehre volle Steuerfreiheit einräumt.

2. vom Staate erwarten wir, daß er in der Vollzugsverordnung zur Gebäudesondersteuer unter wohlwollender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei Hotels und Gaststätten die Anwendung des Härteparagrafen den Gemeinden empfiehlt. Der Ertragswert der Saisongeschäfte, die zumeist nur 10 bis 20 Prozent Wertschöpfung pro Jahr aufweisen, steht in keinem Verhältnis zu den Steuerwerten des Grundvermögens, die bei der Eigenart der Hotelbetriebe immer sehr hoch sind. Eine Abschätzung der Gebäudesondersteuer auf das kurzfristige Saisongeschäft brachte eine Verteuerung von 20 bis 35 Prozent des Realpreises, wozu noch die Weherbergungssteuer des Reiches mit 10 Prozent vom Bruttopreise tritt. Damit wäre jede internationale Konkurrenzmöglichkeit erdrückt.

3. die Freizügigkeit des Verkehrs darf nicht einseitig zum Schaden des heimischen Gewerbes zur Ausreise aus Deutschland hergesteuert werden, wir müssen dringend fordern, daß die Einreise nach Deutschland nicht an den Zwang des Bahnpasses gebunden bleibt, soweit es sich um den Geschäfts- oder Bergnügungsreisenden mit vorübergehendem Aufenthalt handelt. Es sind zu beseitigen alle überflüssigen Pass- und Zollkontrollen und übertriebene Gebühren für Grenzübergang ausländischer Automobile.

4. Soweit wir mit linksrheinischen Eisenbahnen in Konkurrenz stehen, müssen die deutschen Eisenbahntarife sich den dort üblichen Sätzen anpassen. Mit Übernahme der Regiebahnen müssen schleunigst direkte Nord-Südwärtsverbindungen nach den Auslandsplätzen hergestellt werden.

Nur durch verständnisvolle Zusammenarbeit des privatwirtschaftlichen Unternehmers und aller behördlichen Organe kann der Fremdenverkehre in Deutschland wieder gefunden.

## Kommunale Rundschau

Die Zusammenfassung des Karlsruher Stadtrats ist nach einem Beschlusse des Bürgerausschusses vom 30. Juni folgende: Der Oberbürgermeister, 3 stellvertretende Bürgermeister (Bürgermeister) und 24 ehrenamtlich tätige Stadträte. — Mit Erlaß vom 22. ds. Mts. wurde diese Änderung vom Landeskommissar gemäß § 8 Abs. 3 der G.O. für urkanstantet erklärt.

Der Mannheimer Stadtrat beschloß am Montag, 11. August im Abwesenheit des Hofengartens eine Verfassungsfeier zu veranstalten. — Der Stadtrat erklärt sich z. B. da die Aufwertung der Reichsstadt von neuem beschleunigt wird, außerdem, zur Aufwertung städtischer Schulden Stellung zu nehmen.

Belassung des Heidelberger Kommunalanklages. Der Bürgerausschuß Heidelberg besaßte sich am Dienstag nachmittags mit dem städtischen Voranschlag für 1924/25, der bekanntlich mit den Stimmen der Deutschnationalen, Liberalen, des Zentrum und der Kommunisten abgelehnt worden war, was dann das städtische Gericht von Oberbürgermeister Professor Dr. Wals zur Folge gehabt hatte, der darin ein gegen seine Person gerichtetes Mißtrauensvotum sah. Der Oberbürgermeister hat zu Beginn der Sitzung, von einer Erörterung persönlicher Angelegenheiten abgesehen, da die Sache nur den Stadtrat angeht. Es wurde dann auch über die ganze Oberbürgermeisterangelegenheit nicht gesprochen. Die Beratung der Abänderungen zum Voranschlag ging ohne große Aussprache vor sich. Es wurden Änderungen in den Ausgaben und Einnahmen vorgeschlagen, doch dadurch die Herabsetzung der vorläufigen Umlage um 6 Pfennig ermöglicht wird. Der abgeänderte Voranschlag wurde in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 53 Stimmen angenommen; dagegen stimmten nur die Deutschnationalen und Kommunisten. Der Oberbürgermeister soll daraufhin, der „Neuen Bad. Landeszeitung“ zufolge, sein Mißtrauensvotum zurückgezogen haben. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Umwandlung der städtischen Werke in die Gesellschaftsform wurde gegen die 28 Stimmen der Deutschnationalen und der deutschliberalen Volkspartei abgelehnt, dagegen die Selbständigmachung des städtischen Wirtschaftsbereichs (das jetzt in der Hauptsache eine Großschmelzerei und den städtischen Fuhrpark betreibt) mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linken angenommen.

## Aus der Landeshauptstadt

Gesellschaftsbesuche nach Konstanz und Freiburg. Als Fortsetzung der rath beliebt gewordenen Gesellschaftsbesuche nach den verschiedenen Landesteilen badens verkehrt am Sonntag den 10. August ein Sonderzug von Karlsruhe (ab 8.15) früh nach Konstanz, Ankunft 9.23 Uhr vorm. und am Sonntag den 24. August von Karlsruhe (ab 8.13) nach Freiburg, Ankunft 8.39 vorm. Rückkehr jeweils am gleichen Tag abends. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt betragen von Karlsruhe nach Konstanz 11.20 M. und von Karlsruhe nach Freiburg 6.20 M. Eine Wiederholung dieser Züge ist nicht in Aussicht genommen, so daß sich bei der zu erwartenden lebhaften Nachfrage baldige Anmeldung beim Badischen Verkehrsverband, Kaiserstraße 146, Eingang Lammstraße, Reisebüro A.G., Kaiserstraße 158, Nordd. Lloyd, Kaiserstraße 183, Verkehrsverein, Bahnhofplatz 6, empfiehlt.

Von der Post. Dem Postrat Graf ist eine Oberpostratsstelle, dem zum Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden beurlaubten Postrat Eggers, sowie dem Postdirektor Schlegel sind Postratsstellen bei der hiesigen Oberpostdirektion übertragen worden. Oberpostrat Stein ist zum 1. Oktober nach Frankfurt am Main versetzt worden.

Städt. Konzerthaus. Es sei darauf hingewiesen, daß das Kololo-Singspiel „Des Königs Nachbarn“ nur bis incl. Freitag auf dem Spielplan bleibt. — Samstag findet die Eröffnung der Operettenneuheit „Madame Pompadour“ von Leo Fall statt. Es ist der Direktion gelungen, für die Titelrolle Fritz Arco vom Metropolitantheater Berlin für einige Gastspiele zu gewinnen. Die Künstlerin gastiert zur Zeit in dieser Partie am Landestheater Scherwin. Die dortigen Zeitungen schreiben u. a.: Von Szene zu Szene spielte sich die Diva mehr in die Herzen der Zuhörer hinein, um schließlich mit ihrem letzten Chanson den größten Triumph zu erreichen. Das Stück selbst hat viel Humor und Witz, die Musik Leo Falls ist recht geschmackvoll und wirksam.

## Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Mannheim, 30. Juli. Hier ist am 21. Juli eine neue Partei und zwar die Unabhängige nationalsozialistische deutsche Arbeiterbewegung gegründet worden, deren Leitmotiv, großdeutsch, christlich und sozialistisch sind, und sie sich auf republikanischem Boden bewegt. Die Unabhängige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung sagt sich los von den bürgerlichen Parteien und baut sich in unabhängiger Weise auf nationaler und sozialistischer Grundlage auf. Ferner verteidigt sie die republikanische Staatsform und lehnt jeden Gewaltputsch ab.

DZ. Weinheim, 29. Juli. Ein Knabe im Alter von 12 Jahren, Schüler des hiesigen Realgymnasiums, schoß sich mit einer kleinen Pistole eine Kugel in den Kopf. Er war in der Schule getadelt worden und hatte sich das anscheinend sehr zu Herzen genommen. Der Knabe wurde schwer verletzt nach Heidelberg ins Krankenhaus verbracht.

DZ. Karlsruhe, 29. Juli. In letzter Zeit sind hier eine größere Anzahl falscher Einbildungsscheine mit Nr. 14 A. B. 278 901 angehalten worden. Jetzt wurde der Hersteller derselben, nämlich der hier wohnhafte Eisenbahnarbeiter Eugen Kunzmann, auswärts festgenommen, als er im Begriff war, solche Scheine auszugeben. Er war noch im Besitze einer Anzahl Scheine und hier konnten seine Herstellungsgegenstände beschlagnahmt werden.

DZ. Lahr, 29. Juli. Nach Schätzung Sachverständiger liegen in den Wäldern der nächsten Umgebung ungefähr 2000 Hektometer Windfallholz als Folge des furchtbaren Unwetters, das vor einiger Zeit hier niederging.

DZ. Freiburg, 29. Juli. Der am 18. Juli wegen des Doppelmordes in Saig vom hiesigen Schwurgericht zweimal zum Tod verurteilte Holzschneider Gumbert hat durch seinen Verteidiger gegen dieses Urteil beim Reichsgericht Revision einlegen lassen.

## Verschiedenes

### Neue Überschwemmung in China

Die erst vor kurzem von einer Hochwasserkatastrophe heimgeführten Provinzen Chinas sind von neuen Überschwemmungen betroffen worden. Nach einem Telegramm der „New York Times“ sind über tausend Ortschaften vollständig überflutet. Auch die Stadt Tientsin ist bedroht. Die Zahl der Wohnungslosen beträgt zwei Millionen. An mehreren Stellen sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen und für Peking besteht die Gefahr, daß es vom Verkehr abgeschnitten wird. Die Überschwemmungen haben ungeheure Ernteschäden verursacht.

### Eine neue Alpenbahn

In Tirol ist eine Fernpazbahn-Gesellschaft gegründet worden, die den Bau einer neuen großen Alpenbahn betreiben will. Sie soll von Innsbruck über Landeck an der Arlbergbahn ausgehen, über den Fernpaz führen und in der Gegend von Garmisch-Partenkirchen Anschluss an das Reichsbahn-Netz finden. Die Bahn wird elektrisch betrieben werden. Da die Bahn von Landeck nach Finslermünz und Mals schon im Bau ist und die Italiener beabsichtigen, diese Bahn durch das Ostler-Massiv hindurch nach Italien weiterzuführen, so würde damit eine neue Alpenlinie von Deutschland nach Italien (München—Malland—Genua) geschaffen werden.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	30. Juli		29. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	160.10	160.90	159.95	160.75
Kopenhagen 100 Kr.	67.58	67.92	67.53	67.87
Italien 100 L.	18.10	18.20	18.10	18.20
London 1 Pf.	18.42	18.51	18.415	18.505
Rehovort 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.00	21.10	21.15	21.25
Schweiz 100 Fr.	77.46	77.84	77.06	77.44
Wien 100 000 Kr.	5.92	5.94	5.92	5.94
Prag 100 Kr.	12.39	12.45	12.40	12.46

Zustellung überall 100 Kreuzer

Badische Girozentrale, Mannheim. Nach dem Bericht für 1923 hat das Institut vielerlei Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Die Organisation des gesamten Betriebs mußte stän-

dig erweitert werden, ohne daß taugliche Kräfte in hinreichendem Maße zur Verfügung standen. Die Zahl der Angestellten ist auf insgesamt 408 gestiegen, was heute einen beträchtlichen Abbau erforderlich machte. In Karlsruhe wurde Anfang August eine Zweigstelle in Betrieb genommen. Bei einem Gesamtumsatz von 2.2. 80.4 Mill. betrug der Reingewinn 2.2. 523 765 Mill., nachdem zuvor 2.2. 234 512 Mill. zu Abschreibungen, hauptsächlich auf Gebäude, verwendet wurden. Die Gewinne bestehen hauptsächlich aus solchen an Zinsen, nämlich von 2.2. 834 924, aus Wertpapieren von 2.2. 124 768 und Provisionen von 2.2. 69 708 Mill. Langfristige Darlehen wurden weder gegeben noch vermittelt, die alten Forderungen und Verpflichtungen seien völlig entwertet und erscheinen in der Bilanz mit je 2.2. 2. Von der Badischen Kommunalanleihe, deren Zinsendienst eingestellt wurde, sind noch 2.2. 34 Mill. im Umlauf. Die Umsätze in Wertpapieren sind umfangreich gewesen, bis sie nach Einsetzen der Stabilisierung wieder abflauten. Das Institut mußte selbst größere Beträge in Effekten anlegen, um die eigenen Anlagen nicht gleichfalls der Entwertung anheim fallen zu lassen. Die Wertpapiere erscheinen mit 2.2. 2, so daß die inzwischen eingetretene Kursrückgänge auf die Bewertung ohne Einfluß sind. Das Institut war ferner an der Begebung mehrerer Anleihen, besonders Sachwertanleihen beteiligt, ebenso an der Emission verschiedener Aktien. Der erwähnte Reingewinn wird vorwiegend zurückgelegt, bis auf 2.2. 51 340, die der Hessische Giroverband zugewiesen erhält. In der Bilanz ist das Betriebskapital mit 2.2. 2 Mill. bewertet. Die Gläubiger hatten 2.2. 5.57 Mill. Mill. zu fordern, darin 2.2. 2.7 Mill. Mill. innerhalb 7 Tagen fälliger Einlagen. Andererseits betragen die Außenstände in laufender Rechnung 2.2. 1.38 Mill. Mill., dabei folgte an Sparkassen mit 2.2. 0.63 und an sonstige 2.2. 0.69 Mill. Mill., an Darlehen mit festen Laufzeiten wurden 2.2. 1.2 Mill. kurzfristig gebahrt. Bankguthaben betragen 2.2. 2.4 und der Kassenbestand 2.2. 0.84 Mill. Mill.

Obstmärkte. Nach mehrjähriger Unterbrechung haben nunmehr in Bühl und Achern wieder die Obstmärkte stattgefunden, die in früheren Jahren weithin über unsere Gegend hinaus bekannt waren. Im allgemeinen waren die Märkte noch nicht sehr stark besucht, aber es zeigten sich bereits Anfänge einer Besserung. Es werden gute Pfirsich- und Pfäfenarten, einzelne Birnenarten und Heidelbeeren aufgeführt und versandt. Mit der Zweitschneernte ist auch mit einer steigenden Zufuhr zu rechnen.

Die Statistik des deutschen Außenhandels für den Juni weist eine Einfuhr im Werte von 753,1 Millionen gegen 856 Millionen Goldmark im Mai auf und eine Ausfuhr von 476,2 Millionen gegen 516,2 Millionen im Mai. Der Wert der Einfuhr in den Monaten Januar bis Juni betrug 4 480,6 Millionen, der Wert der Ausfuhr im gleichen Zeitraum 2 827,3 Millionen Goldmark. Die Verminderung der Einfuhr geht hauptsächlich von der Gruppe der Rohstoffe und der Lebensmittel aus, während die Gruppe der Fertigwaren steigende Tendenz hat. Die Ausfuhr hat dagegen bei allen maßgebenden Gruppen nachgelassen. Es hat eine sehr starke Einfuhr von Gold und Silber stattgefunden und zwar vornehmlich von Silber für Rechnung der Reichsbank, während zugleich die Ausfuhr von Gold und Silber sich verminderte.

Die Krise im Ruhrbergbau. Einer „Vorwärts“-Meldung aus Bochum zufolge nehmen die Feierschichten im Ruhrbergbau täglich zu. Neuerdings haben die Zechen Bergmannshütte und Reinrichshütte Kurzarbeit eingeführt.

## Staatsanzeiger

### An die Bezirksämter

Nr. 63 982. Rom. IV. Ausübung und Schutz der Fischerei. Durch eine demnächst im Gesetzes- und Verordnungsblatt erscheinende Verordnung ist das Schonmaß des Hechtes von 30 auf 35 Zentimeter erhöht worden. Das Fischereiaufsichtspersonal ist auf die neue Vorschrift besonders hinzuweisen.

Karlsruhe, den 28. Juli 1924

Der Minister des Innern

Remmele

## Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Leistungsfähige  
Fleischwaren- und Konservenfabrik Süddeutschlands  
sucht nachweisbar besteingeführten  
**Vertreter**  
Offerten von nur ersten Kräften unter D. 480  
an die Expedition der Karlsr. Zeitung erbeten.

**Detektiv** Institut  
- u. Privat-  
Rückmittel  
**Argus** „Mannheim“  
O. 6. 6.  
Plancken 21-47  
Fernspr. 3305  
R. Maier & Co., G. m. b. H.

**Metallbetten**  
Eisenschmied, Kinderbett, direkt  
an Private, Katalog 78 R. frei.  
Eisenmöbelfabrik Zuhl (Zühl).

**Stadtrechnerstelle**  
in St. Blasien (badischer  
Schwarzwald) neu zu be-  
setzen. Mit der Stadtrech-  
nung ist die Rechnungs-  
führung für die städtische  
Kaufverwaltung und das  
städtische Elektrizitäts- und  
Wasserwerk verbunden. Ge-  
eignete Bewerber wollen  
ihre Gesuche unter Bei-  
fügung eines Lebenslaufes,  
von Zeugnissen und Ge-  
haltsansprüchen bis zum  
15. August 1924 einreichen.  
St. Blasien, 24. Juli 1924.  
Der Gemeinderat.

Ausgewählte Lesestücke zum  
Studium der polit. Ökonomie  
Herausgeg. und eingeleitet von  
Professor Karl Diehl und  
Professor Paul Romberg  
Bd. I: Lehre vom Geld, I.  
Bd. II: Der Arbeitslohn  
Bd. III: Von der Grundrente  
Bd. IV: Wert u. Preis, I.  
Bd. V: Wert u. Preis, II.  
Bd. VI: Bevölkerungslehre  
Bd. VII: Wirtschaftskrisen  
Bd. VIII: Kapitalismus und  
Unternehmergewinn  
Bd. IX: Freihandel und  
Schutzzoll  
Bd. X: Lehre vom Geld, II.  
Bd. XI/XII: Sozialis-  
mus, Kommunismus,  
Anarchismus.  
Bd. XIII: Grundzüge der  
Volkswirtschaft  
Bd. XIV: Sozialpolitik  
Bd. XV: Kapital u. Kapi-  
talismus  
Bd. XVI: Staatsschulden-  
problem  
Verlag G. Braun, Karls-  
ruhe, Karlstr. 14.

**H E R V O R R A G E N D**  
**S I N D F O R M U N D G Ü T E D E R**  
**B A U B U N D**  
**M Ö B E L**  
**A M R O N D E L L P L A T Z**  
ECKE ERB PRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.  
**E I G E N E V E R K A U F S S T E L L E N :**  
K A R L S R U H E - K A R L - F R I E D R I C H - S T R A S S E 2 2  
M A N N H E I M - S C H L O S S - R E C H T E R F L U G E L  
P F O R Z H E I M - T H E A T E R S T R A S S E 1 5  
F R E I B U R G - M E T Z G E R A U 6  
O F F E N B U R G - S T E I N S T R . 2  
M O S B A C H - H A U P T S T R . 1 2

**Wissen und Wirken**  
Einzelschriften zu den  
Grundfragen des Erkennens u. Schaffens  
Band 2:  
**Begriffsbildung**  
Von Dr. Karl Boehm  
o. Professor an der Techn. Hochschule Karlsruhe  
Preis 1 Mark  
Eine Einführung für alle philosophisch und  
mathematisch Interessierten in den Zusammen-  
hang zwischen Mathematik und Erkenntnislehre  
Zahlreiche Berührungspunkte mit dem vorliegenden  
Bande hat der, vor allem die neuesten mathematisch-  
logischen Strömungen berücksichtigende  
Band 11:  
**Formalismus und  
Intuitionismus**  
in der Mathematik  
Von Dr. Richard Baldus, o. Professor  
der Geometrie an der Techn. Hochschule Karlsruhe  
Preis 1 Mark  
Eine Einführung für alle philosophisch Inter-  
essierten in neuerdings vielumstrittene Grundfragen  
des mathematischen Denkens  
Zahlreiche Berührungspunkte mit dem vorliegenden  
Bande, vor allem nach der Seite der Erkenntnis-  
lehre, hat der obige 2. Band dieser Sammlung:  
K. Boehm, „Begriffsbildung“  
**Verlag G. Braun, G. m. b. H.**  
Karlsruhe, Karlstr. 14